

## Fernunterrichtsangebote:

ZAR-Journal vom 01.09.2023

### Arbeitsrecht:

- Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit
- Arbeitszeit, Teilzeit, Befristung und Urlaub im Arbeitsrecht
- Fachreferent/in für Arbeitsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für arbeitsrechtliche Spezialgesetze (IHK)
- Mutterschutz und Elternzeit im Arbeitsrecht

### Fachübergreifende Rechtslehrgänge:

- Rechtsassistent/in (IHK)
- Rechtsreferent/in (IHK)

### Zivil- und wirtschaftsrechtliche Lehrgänge:

- Fachreferent/in für Versicherungsvertragsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Wirtschaftsrecht (IHK)
- Fachreferent/in für Zwangsvollstreckungs- und Insolvenzrecht

### Öffentliches Recht:

- Kommunalrechtsassistent/in
- Fachreferent/in für Rechtsanwaltsvergütungsrecht

### Inhalt (in der Überschrift klicken)

1. Besonderes Verwaltungsrecht: Nach VG Trier müssen Nachbarn Tischtennisplatz dulden 1
2. Besonderes Verwaltungsrecht: VG Koblenz erlaubt Kugelschuss zur Schlachtung von Freilandrindern 1
3. Wettbewerbsrecht: Nach LG Karlsruhe darf dm Eigenmarken nicht als „umweltneutral“ und „klimaneutral“ bewerben 2
4. Zivilrecht: Bei gesperrter Rodelbahn reicht nach OG Dresden Warnschild am Start 2
5. Zivilrecht: OLG Karlsruhe zu Sicherheitsvorkehrungen beim Versand von E-Mails im geschäftlichen Verkehr 2
6. Besonderes Verwaltungsrecht: Bayerische Corona-Einreisequarantäne war nach BayVGH unwirksam 3
7. Staatshaftungsrecht: BGH lehnt Entschädigung für coronabedingte Einnahmeausfälle eines Berufsmusikers ab 3
8. Besonderes Verwaltungsrecht: OVG Berlin-Brandenburg verneint Unterhaltsvorschuss bei Samenspende 3

---

#### Besonderes Verwaltungsrecht: Nach VG Trier müssen Nachbarn Tischtennisplatz auf Spielplatz dulden

Mit Urteil vom 24.07.2023 (Az.: 9 K 1721/23.TR) hat das Verwaltungsgericht Trier die Klage der Eigentümerin eines Wohnhauses, mit der sie die Entfernung einer Tischtennisplatte von dem in ihrer Nachbarschaft gelegenen Spielplatz begehrt, abgewiesen. Gestützt wurde die Entscheidung u.a. darauf, dass Geräuscheinwirkungen, die von Kinderspielplätzen und ähnlichen Einrichtungen ausgehen, vom Gesetzgeber privilegiert würden und im Regelfall keine immissionschutzrechtlich relevante Störung darstellten. ...

*Quelle: Verwaltungsgericht Trier*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

#### Besonderes Verwaltungsrecht: VG Koblenz erlaubt Kugelschuss zur Schlachtung von Freilandrindern

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat mit Urteil vom 24.07.2023 (Az.: 3 K 39/23.KO) entschieden, dass Regelverfahren zur Schlachtung von ganzjährig im Freien gehaltenen Rindern das Kugelschussverfahren und nicht das

Bolzenschussverfahren ist. Denn der Kugelschuss entspreche bei korrekter Anwendung dem Gebot der möglichst schmerz-, stress- und leidensfreien Schlachtung mehr als der Bolzenschuss. ...

*Quelle: Verwaltungsgericht Koblenz*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Wettbewerbsrecht: Nach LG Karlsruhe darf dm Eigenmarken nicht als „umweltneutral“ und „klimaneutral“ bewerben**

Mit Urteil vom 26.07.2023 (Az.: 13 O 46/22) hat das Landgericht Karlsruhe entschieden, dass dm es künftig zu unterlassen hat, Produkte (hier: Flüssigseife, Sonnenmilch und Cremedusche bzw. Spülmittel) auf der Verpackung mit dem Begriff „klimaneutral“ bzw. mit dem Begriff „Umweltneutrales Produkt“ zu bewerben. Denn beide Bezeichnungen erweckten bei Verbrauchern Erwartungen, die nicht der Realität entsprechen. ...

*Quelle: Landgericht Karlsruhe*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Zivilrecht: Bei gesperrter Rodelbahn reicht nach OG Dresden Warnschild am Start**

In einem Rechtsstreit, in dem eine Touristin nach einem Rodelunfall Schadensersatz von der Betreiberin der Winterrodelbahn in Oberwiesenthal verlangt, hat das Oberlandesgericht Dresden mit Urteil vom 26.07.2023 (Az.: 13 U 1378/22) entschieden, dass es, wenn eine längere, frei zugängliche Naturrodelbahn gesperrt werden soll, nicht zumutbar sei, alle Zugangsstellen mit Warnschildern zu versehen. Vielmehr genüge es hier, wenn der Betreiber auf die Sperrung durch ein Schild am offiziellen Startpunkt der Strecke hinweist. ...

*Quelle: sachsen.de*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Zivilrecht: OLG Karlsruhe zu Sicherheitsvorkehrungen beim Versand von E-Mails im geschäftlichen Verkehr**

Mit Urteil vom 27.07.2023 (Az.: 19 U 83/22) hat das Oberlandesgericht Karlsruhe entschieden, dass ein Autohändler keine besonderen Sicherheitsvorkehrungen treffen muss, um zu verhindern, dass sein Mailaccount gehackt werden kann. Ein Autokäufer, der auf eine gefälschte Mail hereingefallen war und auf das

Konto des Betrügers gezahlt hatte, habe daher nicht erfüllt, so das Oberlandesgericht Karlsruhe. ...

*Quelle: Oberlandesgericht Karlsruhe*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Besonderes Verwaltungsrecht: Bayerische Corona-Einreisequarantäne war nach BayVGH unwirksam**

Wer im Spätherbst 2020 aus einem Corona-Risikogebiet nach Bayern einreiste, musste sich für zehn Tage in Quarantäne begeben. Mit Urteil vom 02.08.2023 (Az.: 20 N 20.2861) hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die dem zugrundeliegende Einreisequarantäne-Verordnung nun für unwirksam erklärt. Gestützt wurde das Urteil u.a. darauf, dass die Einreise aus einem Risikogebiet noch keinen hinreichenden Ansteckungsverdacht begründe. ...

*Quelle: Bayerischer Verwaltungsgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Staatshaftungsrecht: BGH lehnt Entschädigung für coronabedingte Einnahmeausfälle eines Berufsmusikers ab**

Mit Urteil vom 03.08.2023 (Az.: III ZR 54/22) hat der Bundesgerichtshof entschieden, dass der Staat nicht für Einnahmeausfälle eines Berufsmusikers haftet, die durch Veranstaltungsverbote und -beschränkungen zur Bekämpfung des SARS-CoV-2-Virus im Zeitraum von März bis Juli 2020 („erster Lockdown“) verursacht wurden. Näher ausgeführt hat der Bundesgerichtshof insoweit insbesondere, dass die angeordneten Veranstaltungsverbote/-beschränkungen verhältnismäßig gewesen seien. ...

*Quelle: Bundesgerichtshof*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---

### **Besonderes Verwaltungsrecht: OVG Berlin-Brandenburg verneint Unterhaltsvorschuss bei Samenspende**

Das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg hat mit drei Urteilen vom 10.08.2023 (Az.: OVG 6 B 15/22, OVG 6 B 16/22, OVG 6 B 17/22) entschieden, dass eine alleinerziehende Mutter für ihr Kind, das unter Verwendung einer offiziellen Samenspende nach dem Samenspenderregistergesetz gezeugt

worden ist, keinen Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz hat. ...

*Quelle: Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg*

[mehr](#)

[nach oben](#)

---